

**Information über die gemeinsame Sitzung von Bauausschuss,  
Landwirtschafts- und Umweltausschuss und Gemeinderats  
am 16. April 2013**

**Information zum aktuellen Stand über eine angedachte Biomüllumschlaghalle**

Die GML Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH hat ein Standortgutachten erarbeiten lassen zur Errichtung einer Biomüllumschlaghalle. Die Ergebnisse werden vorgestellt.

Der Vorsitzende erklärt zunächst, dass es heute nur darum gehe zu informieren und zu erörtern, weshalb ausnahmsweise auch Fragen des Publikums zugelassen werden.

Dr. Grommes, GML Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH, erklärt die Struktur und Aufgaben seines Unternehmens und das angestrebte Projekt. Die GML sei ein Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft, dessen Aufgaben es sei, für unsere Region Abfallwirtschaft zu betreiben, u. a. mit dem Müllheizkraftwerk in Ludwigshafen am Rhein. Gegenwärtig umfasse der Auftrag auch das Einsammeln und energetische Verwerten des Biomülls von ca. 800.000 Menschen, geplant sei die Erweiterung in Richtung Westpfalz zu einem Entsorgungsgebiet für ca. 1 Mio. Menschen. Die täglich anfallenden Mengen von den Haushalten bis zum Verarbeitungsbetrieb mit den Sammelfahrzeugen zu befördern wäre viel zu zeit- und kostenaufwändig, weshalb Zwischenlager- und Umladeplätze nötig sind. Zurzeit erfülle dies für unsere Region das Unternehmen Zeller mit einer für 20.000 Tonnen pro Jahr genehmigten Anlage. Diese Kapazität reiche langfristig jedoch nicht aus, außerdem sei die GML gehalten, solche Arbeiten EU-weit auszuschreiben. Deshalb habe man sich entschlossen, eine eigene der aktuellen Technik entsprechenden Anlage zu errichten, die eine leicht erhöhte Menge von 25.000 Tonnen pro Jahr zulasse und von jeweils im Wettbewerb zu findenden Unternehmen betrieben werden soll. Standortvorgabe aus logistischen Gründen sei das Dreieck Neustadt - Frankenthal - Speyer. Entscheidungskriterien einer Voruntersuchung seien gewesen, dass die potenziellen Standorte gut an das Entsorgungsgebiet angeschlossen sind, eine gute überregionale Verkehrsanbindung gewährleisten, ortsdurchfahrtsfreie Anlieferungen zulassen und dass die Ansiedlung hinsichtlich Flächennutzungsvorgaben und Bauplanungsrecht realisierbar sei. So seien zunächst 3 Alternativen gefunden worden, von denen eine wieder ausscheiden musste. Momentan befasse man sich noch mit zwei Alternativen, einer in Schifferstadt und einer in Mutterstadt. Für letztere halte man das Terrain um die Pfalzwerke-Netzleitstelle nahe dem dort schon vorhandenen Entsorgungsbetrieb für geeignet. Die Stadt Ludwigshafen scheidet aus, weil sie bereits die Last des Müllheizkraftwerks zu tragen habe.

Dipl. Ing. Villinger, Planungsbüro Pieske, erläutert die beachtlichen Planungsvorgaben.

Bei den sich anschließenden Fragen der Bürgerinitiative, der Gremien und der Zuhörer wird deutlich, dass man hauptsächlich eine erhöhte Verkehrsbelastung und Geruchsprobleme befürchtet. Dr. Grommes hält entgegen, dass die Anlage einen weitaus höheren technischen Stand als die momentan im Zielgebiet betriebene erhalten solle und eine Mengenerhöhung von nur 25 % gegenüber der bestehenden Genehmigung angestrebt sei.

Die Bürgerinitiative argumentiert gegen ein sog. vereinfachtes Genehmigungsverfahren und fordert ein Verfahren mit Beteiligung von Bürgern und Verbänden.

Nach Abschluss der Erörterung gibt der Vorsitzende Gelegenheit, eventuelle weitere Fragen schriftlich bei der Verwaltung einzureichen, sie werden an die GML weitergeleitet. Zum weiteren Vorgehen verspricht er ein für die Bürger transparentes Vorgehen. Die Bevölkerung sei sensibilisiert, alle Entscheidungen seien fundiert zu treffen.

Dr. Grommes erklärt, er sei sich des Spagats zwischen der Notwendigkeit der öffentlichen Abfallbewirtschaftung einerseits und den berechtigten Belangen der Bürger andererseits bewusst. Er wolle mit der Gemeinde im Dialog bleiben.